

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 19. März 2024
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 110 Postulat Schumacher Urs Christian und Mit. über ein mRNA-Impfmoratorium im Kanton Luzern / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Urs Christian Schumacher hält an seinem Postulat fest.

Urs Christian Schumacher: Neuere Informationen lassen zunehmend Zweifel an der Sicherheit und Wirksamkeit der mRNA-Impfstoffe aufkommen. So riefen auch in Amerika namhafte Abgeordnete und Wissenschaftler zu einem Moratorium für Impfungen mit den modifizierten mRNA-Impfstoffen auf, bis die offenen Fragen geklärt sind. Die europäische Zulassungsbehörde EMA (European Medicines Agency) teilte am 18. Oktober 2023 mit, dass die Covid-19-Impfstoffe nie getestet und zugelassen wurden, um eine Übertragung des SARS-CoV-2-Virus beziehungsweise eine Ansteckung zu verhindern. In den gerichtlich freigegebenen Lieferverträgen der Firma Pfizer mit Südafrika steht: «Der Käufer anerkennt, dass die langfristigen Auswirkungen und die Wirksamkeit des Impfstoffes derzeit nicht bekannt sind und dass noch nicht abschätzbare Nebenwirkungen auftreten könnten.» Gleiches steht in den geleakten Verträgen der Europäischen Union (EU). Des Weiteren wurde aus den im Rahmen des «Freedom of Information Act» freigelegten Pfizer-Dokumenten bekannt, dass die mRNA entgegen der Zulassung nicht in einem sterilen Syntheseverfahren hergestellt wurde, sondern biotechnologisch mit E. coli (Kolibakterien). Das ist ein völlig anderes Verfahren, bei dem erhebliche Verunreinigungen mit Plasmid-DNA nachgewiesen und auch offiziell bestätigt wurden. Wie bereits im Rat besprochen, haben wir einen anhaltenden Baby-Gap, der sich 2023 sogar verschärft hat. In der Schweiz fehlen verglichen mit den Vorjahren 12 300 Geburten. Ebenso haben wir eine anhaltende Übersterblichkeit. Bezogen auf die jungen Erwachsenen, die während der zweiten Welle sogar eine Untersterblichkeit von 1 Prozent aufwiesen, setzte eine Übersterblichkeit von 14 Prozent erst nach der zweiten Welle ein, als die Impfung hätte Schutz bieten sollen. Der Regierungsrat stützt sich betreffend Sicherheit und Wirksamkeit der mRNA-Impfstoffe auf die Zulassung von Swissmedic. Swissmedic teilt auf Anfrage mit, dass die Covid-19-Impfstoffe von der EU geprüft wurden. Swissmedic hat keine eigenen Qualitätsanalysen durchgeführt. Des Weiteren teilt Swissmedic mit, dass die Zulassungsstudien im Besitz der Herstellerfirmen seien und daher nicht veröffentlicht werden dürfen. Auch die EU hat keine systematischen Qualitätsanalysen durchgeführt und stützt sich auf die Angaben der Herstellerfirmen. Unser primäres Postulat P 103 bezog sich auf Daten der Gesundheitsumfrage 2022 des Bundesamtes für Gesundheit (BAG). Diese Daten wurden im Nachhinein zurückgezogen

beziehungsweise neu interpretiert. Dennoch erstaunt es, dass das BAG auf Nachfrage die effektiven Gesundheitsdaten nicht zugänglich machen will, weil angeblich kein hinreichendes öffentliches Interesse besteht. Dies ist ein weiterer Grund, weshalb die SVP-Fraktion mit dem Postulat P 110 auf dieses öffentliche Interesse hinweisen möchte. Die SVP-Fraktion hält daran fest, dass ein Impfmoratorium geprüft werden sollte, bis die Unklarheiten im Zusammenhang mit der Herstellung, Qualitätskontrolle und Zulassung geklärt sind, und verlässliche statistische Daten mit einer Unterscheidung der Risiken von Geimpften und Ungeimpften vorliegen. Wer sich in diese Fakten vertiefen möchte, dem empfehle ich den Besuch der Vorlesung von Prof. Konstantin Beck, die er aktuell an der Universität Luzern halten darf.

Hannes Koch: Die Grüne Fraktion unterstützt die Haltung der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Sibylle Boos-Braun: Die FDP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Mario Cozzio: Die GLP-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Stephan Schärli: Die Mitte-Fraktion folgt der Regierung und lehnt das Postulat ab.

Melanie Setz Isenegger: Die SP-Fraktion kann den Ausführungen der Regierung folgen und lehnt das Postulat ab.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Die Regierung lehnt das Postulat aus den dargelegten Gründen ab.

Der Rat lehnt das Postulat mit 78 zu 23 Stimmen ab.